

Rede

Kiel, 14.09.2006

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Verkauf des Landeswaldes

In den vergangenen Wochen hat man den Leserbriefspalten unserer Zeitungen entnehmen können, was die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vom Verkauf des Landeswaldes halten – nämlich nichts. Für viele Menschen ist es einfach unfassbar, dass man überhaupt auf diesen Gedanken kommen kann. Ich habe in einer meiner letzten Reden zu diesem Thema schon einmal deutlich gemacht, dass das so genannte 10-Millionen-Euro-Defizit nicht dadurch zu beseitigen ist, dass man die Wälder verkauft. Der Bund deutscher Forstleute hat ein Papier – Zur Zukunft des öffentlichen Waldes in Schleswig-Holstein – herausgegeben, das deutlich macht, dass das Minus beim Landeswald gar nicht so hoch ist und dass dieses Minus auch politisch gewollt ist. Wir wollen nämlich alle, dass die Gemeinwohlleistungen des Waldes aufrechterhalten werden. Und wer diese haben will, der muss diese auch bezahlen. Wenn er das nicht will, dann muss er sagen, worauf in Zukunft verzichtet werden soll. Hierzu hat die Landesregierung bisher nicht den Mut gehabt.

Insofern ist eine Diskussion über einen Verkauf eigentlich unredlich, weil die Rahmenbedingungen bis heute nicht bekannt sind. Man hört immer nur die stereotypen Äußerungen der Regierung, dass der Wald zu teuer sei und dass er deshalb verkauft werden müsse. Es wird aber nicht gesagt, ob wir weiterhin einen Erlebniswald Trappenkamp in seiner jetzigen Form haben wollen. Es wird nicht gesagt, ob die Gemeinwohlleistungen in den einzelnen Wäldern aufrechterhalten werden sollen und vor allem, wie sie bezahlt werden sollen. Es wird nicht gesagt, dass die Zuschüsse zur Neuwaldbildung, die auch für einen privatisierten Wald notwendig wären, alleine rund 2



Millionen Euro betragen. Es wird nicht gesagt, dass die Personalkosten für die Förster und die Forstverwaltung natürlich weiter gezahlt werden müssten. Es wird nicht gesagt, dass die Forstverwaltung gerade auch für junge Menschen wichtige Praktikumsstellen zur Verfügung stellt, die gerade auch Jugendlichen mit Schwierigkeiten sich am Arbeitsmarkt zu behaupten, neue Perspektiven gibt. Es wird nicht gesagt, dass nach einem Verkauf Naturschutzleistungen nicht mehr durchsetzbar wären, es sei denn man zahlt "bar-cash" dafür. All das verschweigt die Landesregierung.

Würde man solche Aufgaben und Kosten berücksichtigen und dann nur die reine Forstbewirtschaftung betrachten, so würde man laut Bund Deutscher Forstleute auf ein strukturelles Defizit von knapp 1,9 Millionen Euro jährlich kommen. Eine weitaus geringere Summe als die von der Landesregierung gebetsmühlenartig wiederholten 10 Millionen. Der BDF sieht durchaus Chancen, auch dieses Defizit mittel- bis langfristig auszugleichen. Nimmt man an, dass die Entwicklung der erneuerbaren Energien weiterhin so fortschreitet wie bisher, so kann man davon ausgehen, dass die Holzwirtschaft als Lieferant von nachwachsenden Rohstoffen eine ganz andere Bedeutung erlangen wird und andere Marktpreise zu erzielen sind als in der Vergangenheit. Einen Vorgeschmack auf diese Entwicklung haben wir ja schon in den letzten beiden Jahren bekommen und wir können damit rechnen, dass die jüngeren Baumbestände, die bisher nur Defizite eingefahren haben, in Zukunft Gewinne abwerfen werden. Diese Gewinne werden helfen, das Defizit abzubauen.

Anders als in anderen Wirtschaftszweigen muss man im Forstbereich über Jahrzehnte hinaus planen und natürlich auch die Entwicklung über Jahrzehnte betrachten. Sehen wir uns nur das letzte Jahrzehnt an, so können wir feststellen, dass die Ausbildung im Forstbereich zentralisiert wurde, 30% des Personals in diesem Bereich schon abgebaut wurde, 5 Forstämter aufgelöst und 15 Revierförstereien geschlossen wurden. All das haben die Beschäftigten immer wieder mitgetragen und man hat versucht, diesen schwierigen Prozess positiv mit zu gestalten, damit unsere Landesforsten eine Zukunft haben. Ein Verkauf des Landeswaldes wäre daher wirklich ein Schlag ins Gesicht für alle Beschäftigten, die sich über ein Jahrzehnt und mehr ihrer Verantwortung gestellt haben.

Zu guter letzt möchte ich all denen die Augen öffnen, die meinen, dass bei einem Verkauf des Landeswaldes alles beim Alten bleibt "mitnichten". Das Bissen-Gehege im Bereich des Forstamtes Trittau soll verkauft werden. Natürlich bleibt dieses Gelände nach Natura-2000 unter Schutz gestellt. Allerdings wird dieses Gelände nun nicht mehr als "Naturwald" ausgewiesen, damit er sich ohne Nutzung natürlich entwickeln kann. In Zukunft wird eine Nutzung wieder möglich sein und natürlich auch stattfinden. Dieser Teil der Gemeinwohlleistung "hier der Naturschutz" wird



nicht mehr weiterverfolgt. Und das wird natürlich auch bei allen anderen Forstflächen der Fall sein – die Landesregierung will dies den Menschen im Land nur nicht sagen.

Für uns ist klar: Der Landeswald gehört nicht der Landesregierung, sondern den Menschen in Schleswig-Holstein. Und deshalb ist der Landeswald unverkäuflich.

